

Änderungsantrag 1

Barbara Spinelli, Malin Björk, Marisa Matias, Patrick Le Hyaric, Marie-Christine Vergiat, Curzio Maltese, Sofia Sakorafa, Lola Sánchez Caldentey, Miguel Urbán Crespo, Tania González Peñas, Xabier Benito Ziluaga, Estefanía Torres Martínez, Josu Juaristi Abaunz, Merja Kyllönen, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Stelios Kouloglou, Martina Michels
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0461/2016**

PPE, S&D, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE
Lage in Polen

Entschließungsantrag**Erwägung P***Entschließungsantrag*

P. in der Erwägung, dass neben der Verfassungskrise weitere Probleme vorliegen, die das Europäische Parlament insofern ernsthaft beunruhigen, als sie möglicherweise Verstöße gegen das Unionsrecht und die EU-Grundrechte, einschließlich der Rechte der Frau, darstellen; in der Erwägung, dass derlei Maßnahmen der polnischen Regierung von den Organen der EU sorgfältig überwacht werden müssen;

Geänderter Text

P. in der Erwägung, dass neben der Verfassungskrise weitere Probleme vorliegen, die das Europäische Parlament insofern ernsthaft beunruhigen, als sie möglicherweise Verstöße gegen das Unionsrecht und die EU-Grundrechte, einschließlich der Rechte der Frau, darstellen, ***darunter Änderungen des Rundfunk- und Fernsehgesetzes, des Gesetzes über den öffentlichen Dienst und des Polizeigesetzes, das neue Gesetz über die Staatsanwaltschaft, das Veto des Präsidenten zu Änderungen des Gesetzes über die nationalen und ethnischen Minderheiten und des Gesetzes über regionale Sprachen, Vorschläge zu einem vollständigen Verbot von Abtreibungen und der Beschluss, den Holzeinschlag im Wald von Białowieża auszuweiten***; in der Erwägung, dass derlei Maßnahmen der polnischen Regierung von den Organen der EU sorgfältig überwacht werden müssen; ***in der Erwägung, dass die Venedig-Kommission in den nächsten Monaten auch die Änderungen des Polizeigesetzes untersuchen wird***;

Or. en

Änderungsantrag 2

Barbara Spinelli, Malin Björk, Marisa Matias, Patrick Le Hyaric, Marie-Christine Vergiat, Kateřina Konečná, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Curzio Maltese, Sofia Sakorafa, Lola Sánchez Caldentey, Miguel Urbán Crespo, Tania González Peñas, Xabier Benito Ziluaga, Estefanía Torres Martínez, Josu Juaristi Abaunz, João Pimenta Lopes, Merja Kyllönen, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Stelios Kouloglou, Ángela Vallina, Martina Michels
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE
Lage in Polen

B8-0461/2016**Entschließungsantrag****Erwägung P a (neu)***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

Pa. in der Erwägung, dass der Ausschuss der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bereits im Jahre 2000 anerkannt hat, das das Recht auf Gesundheit auch das Recht einschließt, die Kontrolle über die eigene Gesundheit und den eigenen Körper auszuüben, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Freiheit und des Rechts, keinen Eingriffen unterzogen zu werden; in der Erwägung, dass die WHO die Verweigerung des Zugangs zu Fürsorge und Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit für Frauen und Mädchen als eine Menschenrechtsverletzung angeprangert hat, die tief in gesellschaftlichen Vorstellungen über die weibliche Sexualität verwurzelt ist; in der Erwägung, dass bereits das gegenwärtige Abtreibungsgesetz in Polen eines der rigidesten in der EU ist und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in mehreren Fällen aufgrund der restriktiven Auslegung dieses Gesetzes gegen Polen geurteilt hat;

Änderungsantrag 3

Barbara Spinelli, Malin Björk, Marisa Matias, Patrick Le Hyaric, Marie-Christine Vergiat, Curzio Maltese, Sofia Sakorafa, Lola Sánchez Caldentey, Miguel Urbán Crespo, Tania González Peñas, Xabier Benito Ziluaga, Estefanía Torres Martínez, Josu Juaristi, Merja Kyllönen, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Stelios Kouloglou, Martina Michels
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-0461/2016****PPE, S&D, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE**

Lage in Polen

Entschließungsantrag**Ziffer 10***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

10. erhofft sich, dass der strukturierte Dialog zwischen der polnischen Regierung und der Kommission auch dazu führen wird, dass andere Entscheidungen der polnischen Regierung überprüft werden, die hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit und der potenziellen Auswirkungen auf die Grundrechte Anlass zu Besorgnis gegeben haben;

10. erhofft sich, dass der strukturierte Dialog zwischen der polnischen Regierung und der Kommission auch dazu führen wird, dass andere Entscheidungen der polnischen Regierung überprüft werden, die hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit und der potenziellen Auswirkungen auf die Grundrechte Anlass zu Besorgnis gegeben haben; ist insbesondere der Ansicht, dass das Verfassungsgericht eine grundlegende Rolle bei der Überprüfung der Änderungen des Polizeigesetzes, des Rundfunk- und Fernsehgesetzes und des Gesetzes über den öffentlichen Dienst sowie bei der Überprüfung des neuen Gesetzes über die Staatsanwaltschaft spielen wird; ***fordert die polnische Regierung auf, die uneingeschränkte Wahrung der Rechte von Personen sicherzustellen, die Minderheiten angehören, einschließlich sprachlicher Rechte, und ihre Pläne zum Holzeinschlag im Wald von Białowieża zu überarbeiten, um die Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften und ein hohes Umweltschutzniveau sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 4

Barbara Spinelli, Malin Björk, Marisa Matias, Patrick Le Hyaric, Marie-Christine Vergiat, Kateřina Konečná, Paloma López Bermejo, Marina Albiol Guzmán, Curzio Maltese, Sofia Sakorafa, Lola Sánchez Caldentey, Miguel Urbán Crespo, Tania González Peñas, Xabier Benito Ziluaga, Estefanía Torres Martínez, Josu Juaristi, João Pimenta Lopes, Merja Kyllönen, Dimitrios Papadimoulis, Kostas Chrysogonos, Stelios Kouloglou, Ángela Vallina, Martina Michels
im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

PPE, S&D, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE
Lage in Polen

B8-0461/2016

Entschließungsantrag

Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

10a. bringt seine tiefe Besorgnis über den Vorschlag zum Ausdruck, Abtreibungen vollständig zu verbieten; ist der Ansicht, dass durch ein solches Verbot das Leben und die Gesundheit von Frauen in Gefahr gebracht würden, dass sich die Müttersterblichkeit erhöhen würde und Erkrankungen von Müttern zunehmen würden und dass es zur Verweigerung lebensrettender Hilfe und zu einer wachsenden Zahl illegaler Abtreibungen kommen würde; fordert die polnische Regierung auf, keine Rechtssetzungsinitiativen einzuleiten, die ein solches Verbot zum Ziel haben; betont, dass der umfassende Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, insbesondere im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, und die damit verbundenen Rechte ein grundlegendes Menschenrecht sind; fordert Polen auf, die unveräußerlichen Rechte der Frauen und Mädchen auf körperliche Unversehrtheit und selbständige Entscheidungen anzuerkennen, darunter das Recht auf Zugang zur gesamten Palette der Dienste

*im Bereich der reproduktiven Gesundheit,
einschließlich sicherer und legaler
Abtreibungen;*

Or. en